

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Herr Dr. ...
Verleger: Herr ...
Druck: Herr ...

Preis: Durch unsere Seiten sind wir monatlich 4.00 M., bei der Geschäftsreise abgeholt monatlich 4.00 M. ...
Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für das Erzgebirge ...

Das Wichtigste vom Tage.

Nach gestern gefassten Beschlüssen wird Sachsen eine rein sozialistische Regierung erhalten; die Kommunisten wollen einer solchen kein Hemmnis bereiten, die Unabhängigen sollen drei Ministerposten erhalten.

Sonnabendabend 1/10 Uhr ist der Bischof Dr. Franz Schmidt, der oberste katholische Geistliche Sachsens, im Alter von 64 Jahren verstorben.

Laut dem Pariser Journal fordert die Entente-Kommission in Berlin von Deutschland noch die Ablieferung von zwei Luftkreuzern und zwei Wasserflugzeugen.

Argentinien ist aus dem Völkerbund ausgeschieden, weil es keine Auslicht habe seine Abänderungsvorschläge in der Vollversammlung durchzusetzen.

Bußtag und 9. November.

In ihrer Nr. 9 macht die Sächsische Industrie, das amtliche Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, auf den Widerspruch aufmerksam, der sich in der Haltung der sächsischen maßgebenden Regierungsstellen zur Frage der Schließung der Betriebe am 9. November und der Nichtschließung der Betriebe am letzten allgemeinen Bußtage gezeigt hat. Es heißt in dem Artikel: Die sächsische Regierung hat in unverständlicher Verkennung der Verhältnisse und ohne hierzu auf Grund gesetzlicher Unterlagen berechtigt zu sein, den 9. November als halben Bußtag zum Feiertag erklärt, indem sie an diesem Tage verordnete, daß die staatlichen Betriebe geschlossen werden und indem sie gleichzeitig den Gemeinden anempfahl, bezüglich ihrer Betriebe ebenso vorzugehen. Diese Anweisung der Regierung mußte naturgemäß, auch wenn die Privatbetriebe darin mit keinem Worte erwähnt waren, auf diese übergreifen. Obwohl anerkannt werden muß, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft dieser Privatbetriebe vernünftig genug war, einzusehen, daß an diesem Tage an diesem Tage verordnet, daß die staatlichen Betriebe geschlossen werden und indem sie gleichzeitig den Gemeinden anempfahl, bezüglich ihrer Betriebe ebenso vorzugehen. Diese Anweisung der Regierung mußte naturgemäß, auch wenn die Privatbetriebe darin mit keinem Worte erwähnt waren, auf diese übergreifen.

Dieses Verhalten der Regierung muß umso mehr verwundern, als es ihr anscheinend gar nicht darum zu tun war, der Arbeiterschaft durch ihre Verordnung einen Bußtag zu schaffen, denn inwiefern sollte sich nämlich das umgekehrte Schauspiel ab, daß ein Teil der Arbeiterschaft an einem vom Reiche seit vielen Jahren festgelegten Feiertag, nämlich dem allgemeinen Bußtag plötzlich den Wunsch äußerte, arbeiten zu wollen und siehe da, die gehorame sächsische Regierung, die im Falle des 9. November keine Bedenken trug, durch ihre Kundgebung in die Produktion störend eingzugreifen, entsann sich plötzlich bei diesem bisher von aller Welt anerkannten allgemeinen Feiertag ihres Interesses für die Förderung der Produktion und verbot sich eine Bekanntmachung, die zwar nicht offen zum Ausdruck brachte, daß an diesem Tage gearbeitet werden sollte, die aber nach allem, was vorhergegangen war, direkt als Aufmunterung an die Arbeiterschaft, am Bußtage zu arbeiten, aufgefaßt werden konnte. Es fällt uns schwer, hier noch an bloße Zufälligkeiten und lässliche Ermüdungen zu glauben; der Gedanke liegt vielmehr allzunah, daß hier nach einer ganz bestimmten Richtlinie gehandelt wurde, die dem Diktate der radikalen Kreise folgend, nicht offen, aber indirekt darauf hinführt, allmählich alle Feiertage, die von früher her eingebürgert und auch entsprechend geschützt wurden, zu beseitigen zu Gunsten solcher Erinnerungstage, die Bezug nehmen auf die glorreiche Revolution des Jahres 1918. Vom Standpunkt des Wirtschaftslebens aus ist ohne Rücksicht auf alle politischen Erwägungen dringend zu wünschen, daß in Zukunft derartige Anordnungen der Regierung unterbleiben, denn entweder wird ein bestimmter Tag auf gesetzlichem Wege zu einem Feiertag gestempelt, dann hat jeder Staatsbürger die Pflicht, ihn als solchen zu achten, oder er ist kein Feiertag, dann muß er als Arbeitstag behandelt werden. Ebenso steht es mit den früheren Feiertagen. Solange sie ordnungsgemäß als Feiertage anzusehen sind, liegt, abgesehen von besonderen Ausnahmefällen, die wir z. B. im Kohlenbergbau anerkennen, kein Grund vor, sie nicht zu feiern. Clebt man derartige Feiertage als überlebt an, so soll man auf gesetzlichem Wege, wenn man eine Mehrheit dafür bekommt, ihren Charakter als Feiertag aufheben, dann wird ebenfalls niemand etwas dagegen einzuwenden haben. Die jetzt zutagegetretene Zwitterstellung der maßgebenden sächsischen Stellen schafft aber nur Verwirrung und Unruhe, und es wird Aufgabe der neuen sächsischen Regierung sein, dafür zu sorgen, daß nach dieser Richtung hin in Zukunft völlige Klarheit geschaffen und einwandfrei vorgegangen wird.

Havensteins Zwangsanleiheplan.

Die Durchführung der Zwangsanleihe denke ich mir so, daß ein jeder für ein Viertel seines deklarierten Vermögens Zwangsanleihe zu zeichnen hat mit gewissen Abänderungen für die Betriebe und die kleinen Vermögen. Von diesem Viertel soll jedoch in Abzug gebracht werden, was der Betreffende an selbstgezeichnete Kriegsanleihe besitzt oder in selbstgezeichnete Kriegsanleihe oder auch bar, als Reichsnotopfer gezahlt hat. Angenommen, daß jemandes deklariertes Vermögen eine Million Mark beträgt, so hätte er 250 000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen. Besitzt er jedoch 150 000 Mark selbstgezeichnete Kriegsanleihe und hat er 10 000 Mark in bar für das Reichsnotopfer eingezahlt, so beträgt die Summe, für die er noch Zwangsanleihe zu zeichnen hätte, 90 000 Mark. Den Ertrag der Zwangsanleihe schätze ich vorsichtigerweise auf etwa 20 Milliarden Mark. Dieses Ergebnis würde nur eine Hemmung der schwebenden Schuld für etwa ein halbes Jahr bedeuten. Wir müssen aber in Betracht ziehen, daß im nächsten halben Jahre auch große Reichsteuern eingehen werden, und wir dürfen vielleicht auch hoffen, daß wenigstens der eine oder der andere der ehemals feindlichen Staaten einen Teil der konfiszirten deutschen Guthaben freigeben wird. Dadurch würden wir weitere Zeit gewinnen, bis die Kriegsschuldigungen endlich festgestellt sind und bis wir soweit kommen können, daß unser Etat balanciert werden kann, sonst gehen wir unrettbar abwärts. Die Milde für die Großbetriebe denke ich mir in der Weise, daß die Betriebsvermögen nur mit einer Hälfte des Viertels, also mit einem Viertel herangezogen werden sollen. Es handelt sich für sie lediglich darum, ihre Vermögenscrappierung zu ändern, wobei bemerkt werden muß, daß die Zwangsanleihe einen sehr guten Lombardtitel abgeben wird, da sie mit 4 Prozent verzinst und von der Kapitalertragsteuer befreit werden soll. Die Betriebe werden also stets in der Lage sein, auf die von ihnen gezeichnete Zwangsanleihe einen Lombard zu nehmen, wenn sie Geld benötigen sollten. Ich will das Betriebskapital nicht wegnehmen. Betriebe können ferner nach ganze Reichsnotopfer in Rente bezahlen, und sie werden zu dieser Zahlung die Zwangsanleihe benutzen müssen. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die deutschen Guthaben bei den verschiedenen Banken und Sparkassen heute 100 Milliarden Mark betragen, und daß wir im Reiche heute rund 15 Milliarden zu viel Papiergeld im Verkehr haben. Was die Wirkung der Zwangsanleihe auf das Ausland betrifft, so bin ich überzeugt, daß sie auf die Bewertung unserer Mark günstig einwirken würde. Als vor einiger Zeit die Leistungen die ersten Meldungen von der geplanten Zwangsanleihe brachten, wirkte dies sowohl in Amsterdam als auch in Paris in günstiger Weise auf die Bewertung unserer Valuta ein. Dieser energische Eingriff könnte im Auslande nur dahin gedeutet werden, daß wir endlich entschlossen sind, unserer finanziellen Not zu steuern und die Wirtschaftslage des Reiches zu ordnen.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Im weiteren Verlaufe des Parteitages der Deutschen Volkspartei sprach am Freitag Freiherr von Bersner über die politischen Folgen des Vertrages von Versailles. Frankreich hat keine Anerkennung unserer schon großen Leistungen für die Wiedergutmachung. Der Versailler Frieden ist die Verlängerung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Einmarsch in deutsches Gebiet war nach langen Verhandlungen zwischen Clemenceau und mir unmöglich und konnte nur auf Grund einer neuen Kriegserklärung erfolgen. Trotzdem marschierte Frankreich in den Maingau ein. Wir mußten einig in der Abwehr sein. Ich habe die empörende Liste der sogenannten deutschen Kriegsverbrecher zurückgewiesen und wir haben Erfolg gehabt. Wir müssen eine großzügige Propaganda zur Revision des Versailler Friedensvertrages im In- und Ausland betreiben. Ueber die wirtschaftlichen Fragen referierte Dr. Bapp: England hat sein Ziel erreicht, nämlich Deutschlands Handel so beschneiden zu haben, daß es nur wieder ganz allein seine Erzeugnisse in aller Welt vertreiben kann. Fünf Jahre lang müssen wir Schiffe für die Entente bauen. Jahre lang gehen Millionen Tonnen Kohlen verloren und viele Farbstoffe und Chemikalien abgeben. 80 Prozent der Eisenförderung verlieren wir und 50 Prozent der Kohlenproduktion, wenn Oberschleien verloren geht. Wir wissen noch nicht einmal den genauen Betrag unserer Schuld. Wir sind zur tiefsten Sklaverei verurteilt; aber der Wogen ist aberspannt. In der Aussprache sprach Abg. Gildemeister über das Unrecht, das dem deutschen Volke durch den Zwang eines einseitigen Schuldkenntnisses angetan worden ist. Reichswirtschaftsminister Dr. Schulz sprach über den Friedensvertrag von Versailles und erklärte, das deutsche Volk könne ihn nicht länger ertragen. In der Sonnabendabend Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Heine seine Zustimmung zu der Rede Stresemanns am Freitag. Dr. Heine kennzeichnete dann die Stellung der völkerverständlichen Minister im Kabinett und ihre Arbeit. Nachdrücklich betonte er, daß die völkerverständlichen Minister weder bei ihrem Eintritt, noch in ihrer Tätigkeit irgend etwas von den Parteigrundlagen aufgeben hätten. In der Außenpolitik müssen wir mit dem Friedensvertrag, dessen Schmach und Schande gerade wir empfinden, rechnen. In der inneren Politik ist erstes Erfordernis, die Wiederherstellung der Staatsautorität, wobei erhebliche Erfolge bereits erzielt worden sind. Die bisherige Regierung hat gut zusammengearbeitet, weil die Regierungsparteien von der Notwendigkeit, praktische Arbeit zu leisten, durchdrungen sind. Der Reichsminister legte dann in kurzen Zügen die großen Aufgaben der einzelnen Ministerien dar unter Würdigung der zu überwindenden großen Schwierigkeiten und sprach sich aus gegen den übertriebenen Parlamentarismus für eine friedliche Umgestaltung der Verfassung. Als Vertreter der Deutschen Wirtschaft sprach dann Professor Sille, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Deutsche Volkspartei wieder ein starkes deutsches Reich schaffe und den Deutschen im Osten die deutsche Heimat wiedergeben werde. Zum Thema des zweiten Verhandlungstages: Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei — hielt dann als erster Berichterstatter Abg. Dr. Dupp das Wort.

das deutsche Volk könne ihn nicht länger ertragen.

In der Sonnabendabend Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Heine seine Zustimmung zu der Rede Stresemanns am Freitag. Dr. Heine kennzeichnete dann die Stellung der völkerverständlichen Minister im Kabinett und ihre Arbeit. Nachdrücklich betonte er, daß die völkerverständlichen Minister weder bei ihrem Eintritt, noch in ihrer Tätigkeit irgend etwas von den Parteigrundlagen aufgeben hätten. In der Außenpolitik müssen wir mit dem Friedensvertrag, dessen Schmach und Schande gerade wir empfinden, rechnen. In der inneren Politik ist erstes Erfordernis, die Wiederherstellung der Staatsautorität, wobei erhebliche Erfolge bereits erzielt worden sind. Die bisherige Regierung hat gut zusammengearbeitet, weil die Regierungsparteien von der Notwendigkeit, praktische Arbeit zu leisten, durchdrungen sind. Der Reichsminister legte dann in kurzen Zügen die großen Aufgaben der einzelnen Ministerien dar unter Würdigung der zu überwindenden großen Schwierigkeiten und sprach sich aus gegen den übertriebenen Parlamentarismus für eine friedliche Umgestaltung der Verfassung. Als Vertreter der Deutschen Wirtschaft sprach dann Professor Sille, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Deutsche Volkspartei wieder ein starkes deutsches Reich schaffe und den Deutschen im Osten die deutsche Heimat wiedergeben werde. Zum Thema des zweiten Verhandlungstages: Die Wirtschaftspolitik der Deutschen Volkspartei — hielt dann als erster Berichterstatter Abg. Dr. Dupp das Wort.

Kleine politische Meldungen.

Beschließung der Besoldungsordnung. Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß beim Reichsanwalt eine interfraktionelle Besprechung über Teuerungszulagen für die Beamten und die bevorstehende Beschließung der Besoldungsordnung stattfinden soll. Man rechnet damit, daß im Laufe der nächsten Woche, nachdem am Sonnabend der Unterausschuß für das Besoldungswesen seine Beratungen abgeschlossen hat, die Besoldungsordnung auch im Hauptausschuß verabschiedet werden wird.
Eine Befreiung des Abkündigungsschutzgesetzes? Die in Berlin vorliegenden Veröffentlichungen des Reichsanwalts und des Handelsbüros zum Text der Entente über die Abkündigungsschutzgesetzgebung sind bisher nicht bekannt geworden. Es ist jedoch die allertests Staatsminister, unabhängig von der offiziellen Note, die Regierungen Deutschlands und Polens um eine Entscheidung bis 10. Dezember ersucht haben. Hans meidet weiter, daß der allertests Rat sich am 12. Dezember mit dem endgültigen Termin der abschließenden Abstimmung befassen wird.
16 Milliarden Franken als erste Wiedergutmachungssumme. Nach einer Meldung des Matin soll Ministerpräsident Poincaré erklärt haben, Frankreich verlange von Deutschland nichts Unmögliches, aber Deutschland müsse im ersten Jahre einen bedeutenden Teil seiner Wiedergutmachungsschuld begleichen, die Frankreich für das Staatsjahr 1921 vorgeschrieben habe. Es handelte sich um 16 Milliarden Franken. Wenn es das tue, werde sich Frankreich zu Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Frist als auch der Zahlungsart bereit finden. Wenn Frankreich aber auf diesen Willen höhe, dann werde es über die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, beraten. Der Sonderberichterstatter des Matin erklärt, Lloyd George und Bonar Law hätten dem zugestimmt.
Vorläufiger Verzicht auf die Milchsteuern. Die Verhandlungen bezüglich der Viehsteuern sind am Ende gestanden. Gestern waren: an Pferden insgesamt 149 064, Rinder 888 150 (davon 640 000 Rinde und tragende Füllen), Schafe 898 835, Ziegen 27 165, Geflügel 1 740 000, Schweine 15 250. Auf die Ablieferung der Milchsteuern wurde vorläufig verzichtet, jedoch auf den Fortsetzung der tragenden Füllen bestanden. In der Vereinbarung wurde einstimmig von beiden Parteien beschlossen, daß der Anteil der geforderten Zahl von Füllen, Schweinen und Geflügel auf die in der Liste angeführten Rinder und Schafe werden innerhalb sechs Monaten geliefert werden. Die deutsche Regierung hat aber darauf aufmerksam gemacht, daß die Einhaltung der Frist unmöglich ist, wenn die Qualität des jetzigen Viehbestandes berücksichtigt wird. Das Geflügel soll spätestens in vier Jahren geliefert werden, die Ziegen in drei Jahren, die Pferde in sechs Monaten und die Schafe ebenfalls in sechs Monaten. Im Rindern werden in den nächsten sechs Monaten zunächst 80 000 Stück männliches Vieh und 30 000 tragende Füllen, insgesamt 110 000, geliefert werden.
Die Regierung der freien Stadt Danzig. Wie wir hören, wird am heutigen Montag die Regierung der freien Stadt Danzig gebildet werden. Nach einem Einverständnis, das zwischen den verschiedenen Parteien und dem Oberkommissar erzielt worden ist, soll als präsidierender Senator und somit als Staatspräsident der bisherige Oberbürgermeister Schmiedemann gewählt werden. Unter den übrigen Senatoren wird sich auch der demokratische Danziger Schulrat Stränke befinden. Für den wichtigen Posten des Finanzsenators wird nach außerhalb Danzigs nach einer geeigneten Persönlichkeit Umschau gehalten.
Ein safernierte Staatspolizei in Thüringen. Nach einer Meldung aus Weimar beschloß der thüringische Landtag mit den Stimmen der Linken gegen die Rechte die Errichtung einer safernierten und bewaffneten Staatspolizei für Thüringen. Der Anfangsbestand soll 1200 Mann betragen.
Die Vereinigte kommunistische Partei. Der außerordentliche Parteitag des linken Flügels der K. S. P. D. nahm eine Beschließung an, in der die Verschmelzung der neuen kommunistischen Organisationen mit der kommunistischen Partei gebilligt und der Vereinigten kommunistischen Partei alle Rechtsansprüche gegen die als unabhängige Partei übertragene werden. In Berlin sind, wie mitgeteilt wurde, jetzt 80 000, in Hamburg rund 40 000 den Organisationen des linken Flügels angeschlossen. Die Gesamtmitglieder der kommunistischen angeschlossenen Mitglieder wurde auf 438 000 angegeben.